

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Postfachstelle  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 97.

Dienstag, 28. April 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßa oder durch Postträger frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

## Bekanntmachung

die Sperrung der unteren Großenhainerstraße betr.

Wegen Vornahme von Beschleunigungsarbeiten bleibt die untere Großenhainerstraße am 30. April und 1. Mai dieses Jahres für den Fahrverkehr gesperrt. Der Verkehr von und nach Göhlis und weiter wird für diese Tage über Poppitz gewiesen. Riesa, den 28. April 1896.

Der Rath der Stadt daselbst  
Räder.

## Freibank Riesa.

Morgen **Wittwoch, den 29. April** von Vorm. 8 Uhr ab gelangt auf der Freibank im städt. Schlachthof das Fleisch eines **Schweines** im gepökelten Zustande zum Preise von 45 Pf. pro 1/2 kg zum Verkauf. Riesa, den 28. April 1896.

Die städt. Schlachthofverwaltung.  
Weihner, Sanitätstherapeut.

## Die gegenwärtige französische Krise

Ist schwerer, wie eine je zuvor seit dem Abtritt Mac Mahons und findet keineswegs mit der Bildung eines neuen Cabinets ihren Abschluß. Zwar hat sich der Senat bereit, die Madagaskarcredite zu bewilligen, aber damit ist die Sache durchaus nicht abgethan. Die Kammer hat sich durch eine Resolution im Sinne demokratischer Reformen festgelegt und diesem Programm muß das neue Ministerium entsprechen. Man schreibt aus Paris, daß ein „Konzentrationsministerium“ die am geeignetsten erscheinende Lösung der Krise sei. Also ein Zusammenfassen aller vorhandenen politischen Kräfte! Das ist ein schöner Gedanke, aber leider weiter nichts. Heute muß in Frankreich Jeder Farbe bekennen, denn erklärlicher Weise ist das Vertrauen des Volkes seit Limousin, Wilson, Panama und Südbahn erheblich ins Wanken gerathen.

Kongreß und Verfassungsrevision! so lautet das Feldgeschrei der äußersten Linken, der Radikalen und Sozialisten, so rufen auch Bourgeois und seine Umgebung und zugleich wird auf eine Präsidentschaftskrise hingewiesen, die unvermeidlich sei. Selbst aber wenn noch einmal alles im alten Geleise bleiben sollte, so wird Bourgeois' Nachfolger eine schwierige Stellung haben. Bourgeois ist zweifellos ein ehrlicher Mann, aber er hat entweder zu viel oder zu wenig gethan. Die Verhüttung Artons, der Prozeß gegen die Lebaudy-Expresverbande und die Affaire mit dem Geheimpolitisten Dupas waren keine Brillantfeuerwerke, aber kein herzhaftes Zugreifen an die Wurzel des Übels. Bourgeois hat allen ungeheuren Appetiten geschmeichelt, die Justiz in den Dienst der radikalen Partei gestellt, Kammer vertheilt und Kammer versprochen, der 60 Mann hohen Sozialistenpartei zu einer maßgebenden politischen Rolle verholfen, und alle die Befriedigten, die schlecht Befriedigten und Unbefriedigten werden mit der Leidenschaft des Instinkts der Wästerheit über das neue Cabinet herfallen. Paris und die Fabriksstädte der Provinzen organisiren Massenkundgebungen gegen den Senat, und an der Wählerlei und Agitation wird es gewiß nicht fehlen.

Sehr wichtig für den Fortbestand der Republik in ihrer gegenwärtigen Verfassung werden diesmal die Gemeindevahlen sein, die am 3. und 10. Mai, also schon in nächster Zeit, stattfinden. Obwohl es sich mehr um municipale Verwaltungswahlen handelt, wird dennoch der Sturz Bourgeois' den politischen Motiven in der Auslese unter den Kandidaten der Kommunalnatur ein Uebergewicht geben. Jedes Krähwinkeln wird seine Gemeindepflege für oder gegen den Senat befehlen. Die nächsten Wochen des politischen Lebens in Frankreich werden daher zählen in der Geschichte der Republik. Läuterung und Klärung aus ihnen zu hoffen, wäre bei der Verwirrung aller Begriffe ein verwegener Wunsch. Die Wahlergebnisse werden das handgreiflich demonstrieren und die Verfahrentheit wird fortbauern.

Die Gruppe der sozialistischen Deputirten hat ein „Manifest an das Land“ gerichtet, das besagt, daß nach der Zehnensflucht des Cabinets Bourgeois die republikanischen und sozialistischen Deputirten den vom Senat hingeworfenen Handschuß aufgenommen und die Schlacht gewonnen hätten, indem sie die Vorherrschaft des allgemeinen Stimmrechts proklamirten. Das Manifest sagt ferner, es seien die Bürger, die den Triumph davongetragen hätten, weil sie es verstanden, während der Ferien den Deputirten republikanischen Geist einzufloßen. Jetzt komme es darauf an, daß alle Bürger und Arbeiter sich des allgemeinen Stimmrechts bedienen, um bei den nächsten Municipalwahlen die Volksmacht und den sozialistischen Geist in die Matrien einzusetzen.

Das sind natürlich Redensarten, aber die Franzosen lieben es einmal, in die Suppe der Thatsachen die Brocken der Phrase zu werfen und dann das Ganze gemüthlich auszulöffeln. So wird es auch diesmal sein und das gegen den

Senat angezündete Feuer wird sich als Strohschiff erweisen und endlich, ohne Schaden angerichtet zu haben, verpuffen. Aber eine Zeit lang wirds brennen und wahrscheinlich auch noch das nächste Ministerium überdauern.

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ versichert gegenüber den Blättermeldungen von der Absicht, den Reichstag in der ersten Hälfte des Mai zu vertagen, daß an maßgebender Stelle nichts davon bekannt sei.

Der „Hamb. Corresp.“ meldet: In der ostafrikanischen Schutztruppenfrage ist nunmehr eine Verständigung im Sinne der Befestigung des Dualismus zwischen Civil- und Militärbehörden erreicht worden, d. h. mit anderen Worten: Commandeur der Schutztruppen wird der Gouverneur.

Ueber die gestern bereits gemeldete Verhaftung des sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedes Bueh wird noch mitgetheilt: Kürzlich wurde ein Flugblatt, betitelt „Für Gemeinderathswahl“, als Beilage der in Mannheim erscheinenden sozialdemokratischen „Volksstimme“ ohne Einholung der erforderlichen Erlaubniß verbreitet. Das Flugblatt enthielt außer einer Beleidigung des Landesausschusses eine Schilderung des Gemeindevahlrechtes, welche geeignet war, Staatseinkünften verächtlich zu machen. Die Polizei hielt Nachforschungen, entdeckte und beschlagnahmte am Sonnabend 16 000 Exemplare bei Bueh, welcher sich als Verfasser bekannte. Bei der Abholung waren einige Ballen verpackt. Bueh verweigerte die Auskunft darüber, worauf die Staatsanwaltschaft nach § 31 der Reichsverfassung Bueh verhaftete, welcher dies als ungesetzlich bezeichnete. Im Gefängnis gab Bueh schriftlich einen falschen Verbergsort an; dennoch wurden die Flugblätter bei einem Parteigenossen aufgefunden, worauf Bueh gestern Nachmittags wieder freigelassen wurde.

In diesem Jahre ist bekanntlich der Versuch gemacht worden, der sozialdemokratischen Mafseier gegen früher den Charakter einer kräftigeren Kundgebung zu geben. Man scheint das Bedürfnis zu fühlen, den Karren ein Stück weiter zu schieben, und will gern einen augenscheinlichen Beweis von der wachsenden Macht der sozialdemokratischen Bewegung liefern, und doch wissen die Führer ganz genau, daß sie den Bogen nicht zu straff spannen dürfen. Leider ist die Geschlossenheit und Widerstandsfähigkeit der Arbeitgeber nicht überall gleichmäßig. Eine sehr entschiedene Stellung haben die Arbeitgeberverbände in Hamburg-Altona und in Lübeck genommen; sie wollen der erzwungenen Arbeitsruhe am 1. Mai energisch entgegenreten. Wer von den Arbeitern, der Aufforderung der sozialdemokratischen Agitatoren folgend, am 1. Mai feiert, hat Entlassung zu gewärtigen.

Die vierten (Halb-)Bataillone, deren Verwandlung in Vollbataillone den Reichstag vielleicht noch vor den Pfingstferien beschließen wird, sind bekanntlich als Nothbehelfe bei der Einführung der zweijährigen Militärdienstzeit vor drei Jahren geschaffen worden. Die durch das Militärgesetz vom Jahre 1893 bewirkte Präsenzerhöhung des deutschen Heeres um 59 198 Gemeine und 10 912 Unteroffiziere, zusammen 70 110 Köpfe, wurde theils zur Verstärkung der vorhandenen Friedenscadres, theils zur Bildung neuer Cadres verwendet. Die letzteren bestanden aus 173 vierten Halb-Bataillonen, die für jedes Infanterie-Regiment in einer Stärke von 2 Compagnien von je 197 Mann formatirt wurden, also etwa in der halben Stärke der anderen Vollbataillone. Die Erfahrungen, die man mit diesen neuen Bataillonen im Manöver und auf dem Exercierplatze gemacht hat, haben nach dem Urtheile fast aller Sachkenner die Erwartungen der Urheber dieser Reformationen nicht erfüllt. Die letzteren hatten von Anfang an mit der Abneigung des Kaisers zu kämpfen, dem Graf Caprivi nur nach Ueberwindung ungewöhnlicher Schwierigkeiten die Zustimmung ab-

gerungen hatte. Bereits am 18. October 1894 bei der Jahnenweihe für die neuen vierten Bataillone hatte der Kaiser in seiner Ansprache die Hoffnung ausgesprochen, daß sich die Halb-Bataillone bald zu Vollbataillonen auswachsen würden. Diese Ergänzung war schon damals im Grundsatze beschlossen. Es gab dazu zwei Wege. Der nächstliegende und vom militärischen Standpunkte wünschenswerthe war, durch eine entsprechende Erhöhung der Friedenspräsenzstärke die halben Bataillone in ganze zu verwandeln. Dazu wäre aber eine abermalige Heeresvermehrung um ungefähr 68 000 Köpfe erforderlich gewesen. So entschloß man sich bei der völligen Ausichtslosigkeit einer dahin zielenden Forderung, durch Zusammenlegung von je zwei Halb-Bataillonen je ein Vollbataillon zu schaffen und drei dieser so neu gewonnenen Vollbataillone zu je einem neuen Regiment zusammenzuführen. Dadurch wird eine Vermehrung der Mannschaften umgangen und eine wesentliche Ersparniß der dauernden Ausgaben erzielt, die sich auf 600 000 bis 700 000 Mark belaufen dürften, da neue Stellen für Brigaden, Regimentscommandeure u. s. w. zu schaffen sind. Die einmaligen Ausgaben dagegen, die namentlich durch den Bau von Kasernen für die neuen Regimenter verursacht werden, sollen sich auf mehrere Millionen Mark belaufen. Trotzdem dürfte der Reichstag, da die Erhöhung der dauernden Ausgaben anscheinend gering ist, keine Schwierigkeiten machen und dem Entwurfe noch vor der längeren Sommervertretung seine Zustimmung erteilen.

Aus Nordschleswig wird gemeldet: Der Redacteur und Verleger der „Hensborg Avis“ Jessen wurde gestern von der ersten Strafkammer in Hensborg wegen groben Unfugs zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt. Er hatte in einer Versammlung in Hesselvad zum Boycott gegen die deutschen Kaufleute aufgefordert.

Vom Reichstag. Der Reichstag beschäftigte sich auch gestern mit Wahlprüfungen. Nach längerer Debatte wurden die Wahlen der Abg. Pöhlmann (Reichsp.) und Holz (Reichsp.) für unzulässig erklärt. Sodann wurde noch in die Kommission für Arbeiterstatistik statt des aus der Kommission ausgeschiedenen Abg. Kropatschek der Abg. Jakobskötter (konf.) gewählt.

**Oesterreich-Ungarn.** Die Wiener Bürgermeister-Angelegenheit hat einen sehr eigenartigen Abschluß gefunden. Wie gestern bereits gemeldet, hatte Dr. Ueeger am Montag eine Audienz beim Kaiser. Der Kaiser erklärte, er könne zur Zeit Ueeger nicht berufen und appellirte an dessen Patriotismus, er möge der geordneten Selbstverwaltung Wiens durch seine Person kein Hinderniß bereiten. Dr. Ueeger erwiderte, der Wunsch des Kaisers sei ihm Befehl. Er begab sich nach der Audienz sofort in das Rathhaus und überreichte dem Bezirkshauptmann v. Friebeis die Bezirkshauptmannschaft auf das ihm durch die Wahl übertragene Bürgermeisteramt. Wie weit durch den Vorzug die sonstigen inneren Verhältnisse in und um Wien berührt werden, steht dahin. Weiter die Jubelpresse den Schritt des Kaisers Franz Josef in ihrem Interesse aus, so dürfte der Gegenschlag nicht ausbleiben. Bevor noch Bestimmtes über das Ergebnis der Audienz verlautete, hatte übrigens das Wiener „Deutsche Volksblatt“ versichert, Dr. Ueeger habe sich im Einvernehmen mit dem Bürgerclub entschlossen, auf die Uebernahme des Bürgermeisterpostens zu verzichten.

**Türkei.** Die „Gazetta Piemontese“ bringt, wie aus Turin gemeldet wird, einen in schwarzesten Farben gehaltenen ausführlichen Bericht aus Trapezunt, in welchem die in Armenien herrschenden Zustände als im höchsten Grade bedrohlich dargestellt werden. In Armenien der eitet sich, wie der betreffende Berichterstatter meldet, eine blutige Krise vor, welche die des Vorjahres an Stärke und Grausamkeit gewiß übertreffen wird. Es vergeht keine Woche, ohne daß fast in allen einigermaßen bedeutenden Städten 4 oder 5 Armenier zum Opfer fallen. Die türkischen Soldaten